**Deutscher Bundestag** **Drucksache 16/2660**
**16. Wahlperiode** 21. 09. 2006

# Antrag

**der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Karl Addicks, Ernst Burgbacher, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Heinz-Peter Haustein, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

## Keine Flugticketabgabe – mit solider Finanzpolitik mehr Haushaltsmittel erwirtschaften

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf der Suche nach neuen Finanzquellen für die Entwicklungszusammenarbeit sind „Innovative Finanzierungsinstrumente“ in der Diskussion. Anders als der Titel verspricht, handelt es sich bei den vorgeschlagenen Finanzierungsinstrumenten aber kaum um Innovationen, sondern um Steuern, Abgaben oder schlicht neue Schulden mit neuen Namen.

Im besonderen Fokus steht die „Flugticketabgabe“, die in Frankreich zum 1. Juli 2006 eingeführt wurde. Befürworter dieser Abgabe versprechen Millioneneinahmen zur Finanzierung von Entwicklungshilfeprojekten, verschweigen dabei aber die negativen Konsequenzen, die eine solche Abgabe nach sich ziehen würde.

Die Flugticketabgabe wird nicht zu den erhofften neuen Finanzmitteln für die Entwicklungszusammenarbeit führen. Es wird ihr ergehen wie der „Öko-Steuer“, mit der die damalige rot-grüne Koalition erfolglos versucht hat, die Umweltbelastung zu reduzieren und die Lohnnebenkosten zu senken. Erreicht wurde keines der beiden Ziele, sondern nur höhere Belastungen und mehr Bürokratie.

Auch die Flugticketabgabe wird vor allem zu mehr Bürokratie führen. Die erhofften Mehreinnahmen werden sich nicht realisieren, sondern sinkende Passagierzahlen und Benachteiligungen für den Tourismusstandort Deutschland werden die Folgen sein.

Es hat leider bereits Tradition, dass die große Koalition mit Steuererhöhungen und zusätzlichen Abgaben versucht, neue Finanzmittel einzutreiben, statt die Ausgaben intelligent in den Griff zu bekommen. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz und einer Vielzahl weiterer steuerlicher Gesetzesänderungen kommen auf Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen bis 2009 Mehrbelastungen von rd. 120 Mrd. Euro zu. Das ist das größte Steuererhöhungsprogramm in der Geschichte Deutschlands, das vor allem kleine und mittlere Einkommen unverhältnismäßig hoch belastet.

Im Ergebnis führen die höheren Belastungen der Bürgerinnen und Bürger nicht zu den erhofften Mehreinahmen, sondern zu einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung, höherer Arbeitslosigkeit und damit zu Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte. Die Flugticketabgabe und die alternativen Steuern auf Währungstransaktionen oder „öffentliche Güter“ werden auch ebenso negative Konsequenzen haben.

Bei alternativen „innovativen Finanzierungsinstrumenten“ wie der „International Finance Facility“ handelt es sich schlicht um internationale Anleihen, also um Schulden, die in der Zukunft von Steuerzahlern wieder abbezahlt werden müssen. Die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland lässt es aber nicht zu, dass noch weitere Schulden angehäuft werden, da diese die nachfolgenden Generationen stark belasten würden.

Es ist richtig, dass zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit in der Zukunft mehr Mittel zur Verfügung stehen müssen, um das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, zu erreichen. Es ist aber ein Trugschluss zu glauben, dass durch höhere Steuern oder Abgaben dieses Ziel erreicht werden kann. Genau das Gegenteil ist der Fall. Steuersenkungen sind das beste Wirtschaftsbelebungs- und Beschäftigungsprogramm. Niedrige Steuersätze und einfache, leicht verständliche Regeln bringen die Wirtschaft wieder in Schwung, sorgen für höhere Investitionen, schaffen also mehr Arbeitsplätze und sorgen so langfristig für solidere Staatsfinanzen. So kann die Grundlage für eine dauerhaft ausreichende Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. auf die Einführung von „innovativen Finanzierungsinstrumenten“, insbesondere der Flugticketabgabe zu verzichten;
2. die Steuererhöhungspolitik zu beenden und die öffentlichen Haushalte durch intelligentes Sparen zu sanieren;
3. die Entwicklungszusammenarbeit nicht durch zusätzliche Schulden zu finanzieren;
4. durch eine wachstumorientierte Politik, zu der insbesondere ein einfaches und transparentes Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen gehört, die Voraussetzung für eine solide Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen.

Berlin, den 19. September 2006

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333